

der Energie und von der Entschlossenheit der Arbeiter ab, ob der Sturz der Marx-Regierung ihrer erbitterten Feinde, zur Verwirklichung eines Schrittes vorwärts im Kampfe um die Arbeiter- und Bauernregierung oder zur Einführung einer noch sichereren Form der Arbeiterregierung der Arbeitergemeinschaft, der Zusammenarbeit mit dem Arbeiterpartei, einer Regierung nach dem Programm der Industrie Silberbergs und der sozialdemokratischen Führung führt.

Das Doppelbild der SPD-Führer

Die heutige Volksmeinung macht getrieben eine aufsehenerregende Enthüllung. Sie stellt fest, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Mittwoch, ehe sie ihren Beschluß fällte, als ein Nichtanwesender auf Widerruf gegen die Regierung eingetreten, bereits unter der Voraussetzung verhandelt hatte, die Koalitionsbesprechungen weiterzuführen, obwohl der Reichstagsminister Gehler im Amt verbliebe. Die SPD schreibt wörtlich in einem Artikel „Ein offizielles Vertragsangebot“: „Die vorstehenden Zeilen sind in den letzten Nachmittagsstunden geschrieben worden. Schon die Ereignisse überstürzten sich. Unter Stenographen ist schon übertrieben worden. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion mußte bereits über die Große Koalition als Definitivum gesprochen werden, ohne, daß Dr. Gehler preisgegeben werden soll.“ (1)

Aus dem Reichstag

Sitzungsbericht

Berlin, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Bei Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung ist der Reichstag fast leer, denn kein Mensch weiß, wie die Entscheidung fallen wird, und jeder weiß, daß sie in den Fraktionszimmern und im Regierungszimmer, aber nicht hier im Plenum fällt. Man hat den Eindruck, daß die Redner nur für ihre Provinzpresse, aber gar nicht für den Reichstag oder etwa zur Regierungsbildung sprechen.

Für die Demokraten lag der Abgeordnete Haas (Baden) zur Sozialdemokratie: Entweder trete eine Regierung zurück, oder man verhandele mit ihr. Beides gebe nicht. Das Verhalten der SPD sei ein demagogisches Doppelbild. Er warte vor Ministerpräsidenten, denn bekanntlich sei ein neuer Minister ein Mann, der noch schlechter sei als sein Vorgänger.

Hermann Müller (SPD; Meine Partei hat 1922 das Vaterland gerettet. Weder wollen nicht alle Regierungsparteien sich mit uns einigen. Deshalb haben wir Scheidemann zu seiner Rede beauftragt. (Zuruf von den Komm.: Also nur deshalb!) Niemand kann den Sozialdemokraten vorwerfen, sie seien bisher gegen die Reichswehr ausgetreten. (Sehr wahr!) bei den Komm.) Wir haben unser ganzes Material der Reichsregierung vorgelegt. Nur der kleinste Teil wurde getrieben hier durch Scheidemann vorgelesen. Wir glauben durchaus im Sinne der Politik des Herrn Stresemann zu handeln, wenn wir nachdrücklich erklären, daß wir keine Beziehung zu russischen Stellen mehr haben wollen. Es ist nötig, dies in aller Deutlichkeit fest, besonders vor dem Ausland, zu unterstreichen. — Den Redner Haas und Wirth kann ich mich nur anschließen. — Wir verlangen, daß die Reichswehr in allen Teilen ein zuverlässiges Instrument des Staates ist. (Zuruf von den Komm.: Dasselbe hat Marx gesagt.) Unter lebhaften Applaus und Hochrufen der Kommunisten sagt Hermann Müller wörtlich: „Die deutsche Reichswehr ist ja bestenfalls nur eine Polizei. Aber zum Kriegführender taugt sie noch nicht. Deswegen muß sie reorganisiert werden.“

Dem Reichsaussenminister Stresemann spricht Hermann Müller ausdrücklich sein Vertrauen aus; noch kein Minister habe so wenig Kritik im Hause gefunden. (Zuruf von den Kommunisten: Ist das euer Vertrauen gegen die Reichsregierung?)

Genosse Hädel:

Weder Hermann Müller, noch Streich, noch Scheidemann haben den geringsten Beweis für Völerung von Kriegsmaterial von Ausland an die deutsche Reichswehr erbracht.

Der ganze hier aufgestellte Wundenhaufen ist ja nur, damit die Sozialdemokratie den Arbeitern ihre wahren Absichten verdeutlichen und doch noch in die Große Koalition kommen kann. Die SPD wird um so schneller aus ihrer geminderten Opposition heraus mit beiden Beinen wieder auf dem „Boden der Tatsachen“ stehen, als die Sozialdemokraten hier ein anderes Gebiet, das für die Kapitalisten viel unangenehmer und febliger ist, als die Reichswehr, auch nicht mit einem einzigen Worte berührt haben, das sind die Lebensfragen des deutschen Proletariats.

ADGB und sozialdemokratische Presse haben sehr viel über die Fragen der Arbeiterschaft, von dem Folgepreis und dergleichen gesprochen — in den Reden von Hermann Müller und Herrn Scheidemann kein Wort davon. Die SPD redet über diese Frage nicht, weil Herr Silberberg in Dresden erstlich abgewunken hat. Wir sind der Überzeugung, diese Frage ernstlich zu stellen, heißt etwas anderes als einen parlamentarischen Schacher und Kuhhandel zu treiben. Das sind die Kampffragen, vor denen die deutsche Arbeiterschaft steht.

In ganz Deutschland flandern die Arbeitskämpfe auf, die Arbeiter kämpfen um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, gegen Schiedsprüche, die ihnen von den Unternehmern und Schlichtungsbehörden aufgewungen werden.

Die miserable Versorgung der Sozialrentner, der Kriegsoffer und sonstiger Empfänger sozialer Bezüge hat sich nicht geändert. Durchschnittlich 24 Mark im Monat sind weit unter dem Existenzminimum, man vergleiche damit die Denkschrift der Regierung über die Pensionen der Generale, Minister usw. Von der SPD sprach kein Mensch für den Abbau dieser Pensionen. Noch einiges zur inneren Politik. Zur gegenwärtigen Regierung gehört auch Herr Kull. (Zuruf von rechts: „Seine derzeitige Gefinnung ist gut!“) Herr Kull mit seinem geplanten Vereinsgesetz, gegen das sich die Deutsche Metallarbeitervereinsunion wendet, ist der Deutschen Nationalen wert und ist eiferrichtig auf den Kampf Wählern. Die Arbeiterschaft hat keine Lebenshoffnung für den Staat des Herrn Wirth, für die kapitalistische Republik. Mit Ingrimm und Verachtung steht die Arbeiterschaft diesen parlamentarischen Kuhhandel, diesen parlamentarischen Schacher. Die Arbeiterschaft kämpft mit aller Leidenschaft um ihr Ziel: die neue Gesellschaft, die die Menschenrechte der Arbeiterschaft macht, um die Macht der Arbeiter in Deutschland! Die deutschen Arbeiter verlangen die Auflösung dieses Reichstages. Schluß mit diesem Kuhhandel! Weg mit diesem Parlament! Es lebe der Kampf der Arbeiter um Leben und Zukunft! (Beifall bei den Kommunisten.)

Vom Tage

Springflut in Madras. — Erdbeben in Konstantinopel. Nach Meldungen aus Kunchal wurde die Insel Madras von einer Springflut heimgesucht, die großen Schaden anrichtete. Die Flut zerstörte die Kalmauren und überschwemmte weite Gebiete. Die Funktion ist vernichtet worden. Mehrere Personen wurden getötet. — Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß gestern abend ein Erdbeben von 15 Sekunden Dauer wahrgenommen worden ist.

Ein dreifacher Mörder zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht verurteilte den Schmitt Anton Norloch wegen dreifachen Mordes zum Tode. Der Angeklagte hatte im Frühjahr seine Geliebte, deren dreijährige Tochter und seine eigene uneheliche Tochter in einem Wasserloch bei Solmsbüren ertränkt.

Rückwirkungen auf Sachsen?

Die Sozialdemokratie steuert im Reich mit scharfem Kurs auf die Große Koalition. Glaubt sie sich selbstverwandelt, daß sich daraus Rückwirkungen auf die Lage in Sachsen ergeben. Es ist klar, daß der Parteivorstand der SPD nun erst recht darauf hinarbeiten wird, auch in Sachsen zu einer Koalitionsregierung zu kommen, abgesehen davon, daß auch in Preußen die Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung als nächste Folge der Regierungsbildung im Reich in Erscheinung treten wird. Inwiefern es dem Parteivorstand der SPD gelangen wird, die sächsischen Wahlen zur Kapitulation zu zwingen und in die Koalition hineinzutreiben, wird von dem Widerstand abhängen, den die sozialdemokratischen Arbeiter den Koalitionsgeboten der SPD-Führer entgegenstellen werden. Die sächsischen linken Führer haben jetzt noch nicht den Mut gefunden, ernsthaft gegen den Bürgerblock in Sachsen zu kämpfen. Im Gegenteil, ihre Front richtet sich gegen die Kommunisten. Die sozialdemokratische Presse und auch Herr Liebmann verteidigen den Parteivorstand mit Kommunistenbeize.

Herrn Weikles Aktien gehen langsam an, wenngleich auch für ihn und seine Freunde die Lage in Sachsen nicht gerade angenehm ist. Er kann die Beteiligung an der Schwarz-Weiß-Koten nicht gut vertragen. Erst vorgestern machte Herr Weikles die Deutschnationalen, doch rücksichtsvoll zu sein und das verhängnisvolle partei-pflichtige nicht zu hart anzufassen. Ob aber die Deutschnationalen bereit sein werden, einer Regierung der Mitte in Sachsen Hilfsdienstleistungen zu leisten, ohne den von Weikles geforderten Preis zu erhalten, erscheint jetzt immerhin sehr fraglich. Sie könnten beim Zustandekommen der Großen Koalition im Reich an den Gedanken kommen, auch in Sachsen die Aufnahme einer Regierung der Mitte, wie sie Herr Weikles denkt, zu verweigern. Der Bürgerblock, der jetzt erst mit Mühe und Not zusammengeleimt wurde, könnte dann recht bald wieder in die Brüche gehen.

Angesichts dieser Lage erwachen der sächsischen Arbeiterschaft besondere Aufgaben. Vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter stehen vor einer ersten Entscheidung. Sie müssen den Koalitionsgeboten des Parteivorstandes und des Reiches, auch in Sachsen zur Großen Koalition zu kommen, zunächst machen. Dazu genügt nicht der Wille, es muß die Tat folgen. Die Kommunisten haben der SPD in Sachsen ihre Vorschläge zum gemeinsamen Kampf unterbreitet. Es liegt jetzt an der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die gemeinsame Kampfroutine in den Betrieben und Gewerkschaften gegen den parlamentarischen Kuhhandel, gegen die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik ihrer Führer herzustellen. Die Parole, unter der sich die Arbeiter sammeln müssen, muß sein: Fort mit dem Reichstag! Nieder mit der Regierung des Trauskapitals! Fort mit dem Bürgerblock in Sachsen! Auflösung des Landtages! Für den gemeinsamen Kampf der Wertigen!

Auf dem Wege nach links

Wir brauchen bereits gestern eine Meldung über die sich immer stärker bemerkbar machende Arbeiteropposition in der SPD in Berlin. Die „Rote Fahne“ ist gestern in der Lage, eine Ansicht bekannter Arbeiter von Diskussionen in Berliner SPD-Veranstaltungen zu veröffentlichen. Die Note lautet:

„Diese Taktik der Reichstagsfraktion unterbreitet, daß die SPD große innere Schwierigkeiten hat gerade in der letzten

Militärdiktatur in Litauen

Königsberg, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Aus Königsberg wird gemeldet, daß die bisherige litauische Regierung Stojewicz in der Nacht zum 17. Dezember durch einen Staatsstreich gestürzt und sämtliche Minister verhaftet worden sind. Ueber Litauen ist der Befehlungsstand verhängt worden, die gesamte Postverbindung ist unterbrochen. Der Staatsstreich ging von den christlichen Demokraten, einer durchaus litauischen Partei, aus, mit Hilfe der litauischen Schützenorganisation und großer Teile der Armee unter Führung des Generals Wilkunas. Der politische Führer des Staatsstreiches ist Stojewicz, der Führer des linken Flügels der christlichen Demokraten.

Preisgekrönte „Friedensstifter“

Aus der Galerie der „friedfertigen“ Nobelpreisträger.

Bild 2



„Wodurch haben Sie sich um den Frieden verdient gemacht?“
Beisnd: „Durch meine lebhaften Anteilnahme an den Verhandlungen in Karolitz.“

Zeit sind die oppositionellen SPD-Arbeiter immer mehr, wenn die Koalitionspolitik aufgegeben, was ein... aus der letzten Zeit inwiefern können.

In der Kreismitgliederversammlung des 2. Kreises sprach Herrlich Karlische-Wurm gegen die Große Koalition. In der Diskussion erklärte sich das Mitglied Strickfeld und gegen die preussische Koalition, die nur Schaden für die Arbeiter bringe. Das Mitglied Hennig wandte sich in erregten Worten gegen die Koalitionspolitik. Er führte aus:

„Wenn gelobt wird, daß in der SPD kommunistische Zellen sind, so behaupte ich: in der SPD sind bürgerliche Zellen, und wenn diese so stark geworden sind, daß sie uns übertrumpfen, dann sind wir eine bürgerliche Partei.“

Zum Schluß wurde gegen drei Stimmen eine Resolution angenommen, die vom Parteivorstand, sowie von der Reichstags- und Landtagsfraktion fordert, daß sie die Koalitionspolitik aufgeben, offen gegen das Schmutz- und Schundgeschrei protestieren und zur schärfsten Opposition übergehen sollen.

In der Funktionärsversammlung der 46. Abteilung sprach Herrlich Karlitz über die Nationalisierung. In Anbetracht an dieses Referat entspann sich eine Diskussion, die zeigte, daß die SPD-Arbeiter sowohl gegen die Unterbrechung der kapitalistischen Nationalisierung wie gegen die damit verbundene Koalitionspolitik sind.

So erklärte das Mitglied Stephan: Man muß sich in die Hände des Arbeiters hineinarbeiten, um sich danach einzustellen. Es muß Schluß gemacht werden mit der Koalitionspolitik. Es geht nicht an, daß wir nochmals Hunderttausende von Wählern verlieren, wie bei der Afrikaabfindung. Was nützen uns dann die Ministerstellen?

Willi Richter (Gruppenführer) tritt für die Koalition ein mit der Begründung, daß wir dann andere Fortschritte besser ausführen können. Und vor allen Dingen, daß wir dadurch die Koalition hemmen können.

Fritz Jubel: Wir werden die Koalition bald zu neuen bekommen. Wenn die SPD mit den Bürgerlichen zusammengeht, dann kann sie nicht die Interessen der Arbeiter vertreten.

Ein Vertreter der Jugend fordert von der SPD Kundgebungen für das Freibad im Engelshafen.

Karl Litzke: Der Magistrat hat das Freibad nicht abgelehnt. (Zwischenruf: „Dann hat das Zentrum also abgelehnt.“)

Wanni (Abteilungsleiter): In der Partei geschehen keine formalen Sachen; man schließt Koalitionen um. Fragt man die Mitglieder erst um ihre Meinung dazu? Und das nennt man dann noch Demokratie. Ueber die Haltung der Landtagsfraktion hat sich die Arbeiterschaft geäußert, darüber soll nicht mehr gesprochen werden. Die 46. Abteilung hat beantragt, für Groß-Berlin Versammlungen einzuberufen, in denen über die Landtagsfraktion gesprochen werden soll.

Das sind nur einige Beispiele. Sie beweisen, daß die SPD-Arbeiter nach links marschieren und daß viele von ihnen in die rote Einheitsfront einströmen.“

Saltbehl gegen Genossen Strzelewicz

Der in weiten Kreisen der Arbeiter bekannte polnische Vorkriegsminister, der 1918-1920 Genosse Strzelewicz, wurde letzterzeit wegen einer Resolution in Freital wegen Vöterlichkeit zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Vor kurzem wurde die gleiche Strafe von einem bairischen Gericht in Hof gegen den Genossen Strzelewicz wegen eines ähnlichen Falles verhängt. Infolge seines hohen Alters und infolge seiner erkrankten Gesundheit erlaubte Genosse Strzelewicz um Abwendung der Gefängnisstrafe in Geldbüße. Dieses Geld wurde von der deutschen Klientel abgeholt und der Saltbehl gegen Genossen Strzelewicz erlassen. Seit Dienstag wurde Genosse Strzelewicz von der Polizei gesucht und verfolgt. Der genossenschaftliche Kampf hat sich nunmehr zur Verhängung seiner Strafe freiwillig gestellt.

Generalstreik in Litauen

Paris, 18. Dezember. (Telegramm.)

Nach Meldungen aus englischer Quelle hat der Allgemeine Arbeiterverband den Generalstreik gegen die Militärdiktatur ausgerufen.

Französisch-italienische Kriegsspannung

Wie die Chicago Tribune erfährt, soll am den 12. Januar die gesamte französische Flotte unter irgendeinem Vorwand im Mittelmeer konzentriert werden. Frankreich führt fort, Truppen an der italienischen Grenze zu konzentrieren, und Mussolini soll vor einigen Tagen erklärt haben, daß er 30 Divisionen nördlich des Po stehen habe.

Nach Mitteilungen des Paris-Midi sind in fast allen französischen Garnisonen die Urlaubserteilungen eingestellt worden. Zahlreiche aus Marokko herübergebrachte Truppenteile mit Tanks und Artillerie sind nach dem Alpengebiet abgegangen. Ebenso sind zahlreiche Flugzeuge geschickter in Süden zusammengezogen, und vor Cannes soll eine starke Abteilung der französischen Mittelmeerflotte, bestehend aus U-Booten und Torpedobooten, in Marseille bereitgestellt vor Anker liegen.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz werden weitere Truppen mit Tanks, schwerer Artillerie und Kampfwagen an der französischen Riviera erwartet. Die französischen Grenztruppen liegen in höchster Alarmbereitschaft. Zusammenfassend schreibt das Blatt: „Die Gegenwart zeigt sich nicht nach Krieg. In den Duft der Drangen mischt sich der Geruch des Pulvers. Die Gegenwart ist von Witterung immer neue Tanks donnern durch die Straßen. In der Nacht von Juan liegt ein graues Kriegeschild über dem anderen. Eine kriegerische Atmosphäre hat sich der ganzen Bevölkerung bemächtigt.“

6000 Eisenbahner im Streik

Am 16. Dezember haben die 6000 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Burbach, Neunkirchen und Saarwäldel die Arbeit niedergelegt. In einer Massen demonstration vor dem Landesrat des Saargebietes verlangten die Eisenbahner eine sofort auszahlbare, für alle gleiche Wirtschaftshilfe.

Morgen alle heraus zum roten Landsonntag!